

Antrag Nr.



FRAKTION IM RAT DER STADT ESSEN

Herrn Oberbürgermeister  
Reinhard Paß

Severinstr. 1, 45127 Essen  
Telefon (02 01) 17 54 33 11  
Fax (02 01) 17 54 33 18  
http:// www.linksfraktion-essen.de  
E-Mail info@linksfraktion-essen.de

Essen, 27. April 2010

Beratungsfolge	Sitzungstermin	Zuständigkeiten
Rat der Stadt	28. April 2010	Entscheidung

## TOP 22. Verkauf von städtischen Baugrundstücken

Sehr geehrter Herr Paß,

die Ratsfraktion DIE LINKE stellt zum oben genannten Tagesordnungspunkt folgenden Antrag zur Abstimmung:

Der Beschluss zur Anerkennung von Mehrgründungskosten des ehemaligen Grundstücksausschusses vom 8.10. 1971 und seine Bestätigung durch den ASP vom 12.02.1998 wird wie folgt geändert:

Die Erstattung von Mehrgründungskosten kann von der Verwaltung bis zu einer Höchstgrenze von 250.000 Euro ohne einen Beschluss der zuständigen Ratsgremien erfolgen. Die Entscheidungen sind vorher den zuständigen Ratsgremien zur Kenntnis zu geben.

Bei einer Überschreitung der genannten Summe erfolgt eine unausweichliche Erstattung durch einen Beschluss der Ratsgremien.

Begründung:

Im städtischen Haushalt ist für die Erstattung von Mehrgründungskosten ein Volumen von ca. 1 Mio. Euro vorgesehen. Die Erstattung in Höhe von 2 Mio. Euro an die E.ON Gruga Objektgesellschaft mbH & Co. KG war außergewöhnlich hoch. „Normale“ Fälle bewegen sich nicht in dieser Größenordnung.

Die Tatsache, dass es eine so hohe Erstattung gab und die öffentliche Diskussion darum machen es erforderlich, die Regelung von 1971 zu überprüfen. Die Festlegung einer Obergrenze für Entscheidungen der Verwaltung soll für die Beteiligung der politischen Gremien sorgen, die vorherige Kenntnisnahme auch von Entscheidungen im Rahmen des laufenden Geschäfts der Verwaltung für mehr Transparenz.

Mit freundlichen Grüßen

Hans Peter Leymann-Kurtz

Wolfgang Freye